



# Solidarität

MIT VERFOLGTEN  
UND BEDRÄNGTEN  
CHRISTEN IN  
UNSERER ZEIT

Arbeitshilfen 309

# Sahel-Region

Eine Initiative der  
Deutschen Bischofskonferenz



In verschiedenen Teilen der Welt werden Kirchen, christliche Gemeinschaften und einzelne Gläubige bedrängt und verfolgt. In Ländern wie Nordkorea, Vietnam oder China sind solche Repressionen Ausdruck einer systematischen Verletzung der Religionsfreiheit eines „atheistisch“ geprägten Staates. Daneben gibt es Diskriminierung und Verfolgung von Christen in Staaten mit starker religiöser Prägung, die mit dem Vorranganspruch einer einzelnen Religion einhergehen.

„FÜRCHTE DICH NICHT,  
DU KLEINE HERDE!  
DENN EUER VATER HAT BESCHLOSSEN,  
EUCH DAS REICH ZU GEBEN.“  
(LK 12,32)

## Verfolgte und bedrängte Christen in der Sahel-Region

Hier sind insbesondere Staaten islamischer Prägung wie etwa Saudi-Arabien oder Pakistan zu nennen. In anderen Weltgegenden wiederum werden Gläubige aufgrund ihres Einsatzes für Gerechtigkeit und Frieden bedroht und manches Mal sogar ermordet. Diese Gewalt geht oftmals von nichtstaatlichen Gruppen aus.

Den Christen in Deutschland sind Verfolgungssituationen noch aus den Zeiten des Nationalsozialismus und des Kommunismus bekannt. Heute ist uns aufgegeben, den andernorts „um Jesu willen“ (vgl. Mt 5,11) bedrängten Christinnen und Christen und allen zu Unrecht Verfolgten solidarisch beizustehen. Gefordert sind unser Gebet und der aktive Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Religionsfreiheit.

Die Deutsche Bischofskonferenz will mit diesem jährlich erscheinenden Informationsheft dazu einladen, sich mit der Situation bedrängter Christen auseinanderzusetzen. In diesem Jahr stehen die nordafrikanische Sahel-Region und insbesondere der Tschad im Mittelpunkt dieses Heftes.

*Die Sahel-Region südlich der Sahara (Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad) ist eine der ärmsten Regionen weltweit. Eine fragile Sicherheitslage durch Terrorismus, ein hohes Bevölkerungswachstum und ein gering ausgeprägtes Bildungs- und Gesundheitswesen gehören zu den wesentlichen Merkmalen der Sahel-Region. Schlechte Regierungsführung und Korruption verhindern Fortschritte in Verwaltung und Infrastruktur. Bedingt durch die geografische Lage und den Klimawandel bedrohen regelmäßig Dürren die ohnehin fragilen Lebensgrundlagen der Menschen. Rund 33 Millionen leiden in der Sahel-Region an Unterernährung. So sind in der Region Ressourcenkonflikte zwischen Sesshaften und Nomaden um den Zugang zu den fruchtbaren Böden des Landes Grund für Konflikte. Eine zunehmende Zahl von Binnenflüchtlingen in der Sahel-Region ist Folge dieser Auseinandersetzungen.*

*Christen und Muslime haben traditionell harmonisch in der Sahel-Region zusammengelebt. Dieses gute Miteinander ist durch die Entwicklung der vergangenen Jahre in Gefahr geraten. Die islamistische Terrororganisation Boko Haram destabilisiert die Region immer wieder durch Terroranschläge und brutale Gewalt, die sich auch gegen Kirchen und Vertreter von Religionsgemeinschaften richten. Die starke Einflussnahme Saudi-Arabiens, d. h. die Förderung des radikal wahhabitischen Islam in der Region, hat ebenfalls zu Spannungen zwischen Christen und Muslimen geführt. In der Folge wurden auch soziale Konflikte – wie die Auseinandersetzung zwischen nomadischen Viehzüchtern und sesshaften Bauern – in gefährlicher Weise religiös aufgeladen.*

*Gemeindemitglieder beten zusammen das „Vaterunser“ beim Sonntagsgottesdienst in der Kirche Sacré-Cœur in N'Djaména.*



## Christen und Muslime im Tschad – Religiöse Koexistenz in Gefahr

Der Tschad ist das fünftgrößte Land Afrikas und gilt als eines der ärmsten Länder der Welt. Der Binnenstaat grenzt im Norden an Libyen, im Westen an Niger, Nigeria und Kamerun, im Süden an die Zentralafrikanische Republik und im Osten an den Sudan. Obwohl der Tschad aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Afrikas im Zentrum geopolitischer und geostrategischer Interessen steht, scheint die Bevölkerung des Landes von der Weltgemeinschaft vergessen worden zu sein. 15 Millionen Menschen leben heute im Tschad in ökonomisch prekären Verhältnissen. Ein afrikanischer Vielvölkerstaat, der das Konstrukt kolonialer Grenzziehungen ist: Infolge der Berliner Konferenz von 1885 wurde das Gebiet zur französischen Kolonie erklärt. Die Bevölkerung setzt sich aus fast 200 verschiedenen Ethnien mit ihren eigenen Sprachen oder Dialekten zusammen. Bei den verschiedenen ethnischen Gruppen wird einerseits zwischen arabisierten und islamisierten Völkern und andererseits christlich-animistischen Gruppen differenziert.

Die Lebensbedingungen der 15 Millionen Menschen im Tschad sind schon mit Blick auf das Klima herausfordernd. Über weite Teile des Nordens erstrecken sich trockene Wüsten der Sahara, woran sich Dornstrauch- und Trockensavannen des Sahels und des Sudan anschließen. Im Süden des Landes werden Erdnüsse, Baumwolle, Reis, Tabak, Getreide und Gemüse angebaut. 90 Prozent der Bevölkerung leben von den Erträgen der Landwirtschaft – umso gravierender ist die mit dem Klimawandel verbundene Ausdehnung der Wüsten, die der Bevölkerung wertvolle Anbauflächen raubt.

Dürreperioden, Ernteausfälle und ein die Geschichte des Landes überschattender jahrzehntelanger Bürgerkrieg sind für die wirtschaftlich desaströse Situation des Tschad verantwortlich. Daran konnten auch der mit großer Erwartung verbundene Einstieg des Landes in die Erdölförderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts und der vorübergehende Wirtschaftsaufschwung bislang nichts ändern. Nur ein ganz kleiner Teil der Gesellschaft profitiert von den Einnahmen aus dem Ölgeschäft, während der überwiegende Teil der Bevölkerung weiterhin in Armut lebt. Auch im Tschad öffnet sich dabei die Schere zwischen Arm und Reich. Korruption, politische Instabilität und hohe Energiekosten sind nur einige Ursachen dafür, dass bedeutende Bodenschätze nicht erschlossen werden.

Der Tschad teilt dieses Schicksal mit anderen Ländern in der Sahelregion. Zentralafrika ist, so zeigt ein Blick auf den Human Development Index, das „Armenhaus“ der Welt. Mit der Zentralafrikanischen Republik, Niger und dem Tschad rangieren drei zentralafrikanische Nachbarländer ganz am Ende des insgesamt 188 Länder umfassenden „Armutindex“. Sowohl der Tschad als auch seine Nachbarländer gelten als „schwache Staaten“, die von gewaltsamen Konflikten, bewaffneten Oppositionsgruppen oder religiösen Fundamentalisten destabilisiert werden. Kaum vorstellbar, wieviel Gewalt ein Land ertragen muss: In der jüngeren Geschichte des Tschad waren mehr als 45 Jahre seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 von Kriegen und bewaffneten Konflikten geprägt.



*Feierlicher Einzug in die Kirche Sacré-Cœur in N'Djaména zum Sonntagsgottesdienst*

### **Koexistenz der Religionen**

Fast 60 Prozent der Bevölkerung im Tschad sind Muslime, 34 Prozent Christen, zwei Prozent ohne Bekenntnis und vier Prozent Anhänger der sogenannten traditionellen afrikanischen Religionen. Allerdings ist der in den traditionellen afrikanischen Religionen beheimatete Animismus nicht auf diesen relativ kleinen Bevölkerungsanteil beschränkt. Auch unter den (Muslimen und) Christen finden sich zahlreiche Anhänger animistischer Praktiken. Charles Vandame schrieb mit Blick auf den Einfluss traditioneller und animistischer Religiosität, „hundert Prozent der Tschader gehören den traditionellen afrikanischen Religionen an, selbst wenn es ihnen nicht bewusst ist, denn sie ist Bestandteil der Luft, die man atmet“. In diesem spitz formulierten Zitat drückt sich die Erkenntnis aus, dass die Menschen im Tschad tief in ihrer traditionellen Kultur verwurzelt sind und so oftmals eine durch die afrikanische Kultur und durch die erworbene Religion geprägte doppelte religiöse Identität entwickeln.

Bei den Muslimen orientiert sich die Mehrheit am Sufi-Islam. Allerdings kommt es infolge von Migration hier zu einer Verschiebung. Arbeitsmigranten, Studenten und Händler bringen aus den Golfstaaten einen Islam ins Land, der wesentlich vom Islam saudi-arabischer Prägung beeinflusst ist. Insgesamt 17 Prozent der Muslime im Tschad bekennen sich bereits zu einem salafistisch geprägten Islam, und der Einfluss der digitalen Medien trägt wesentlich zu dessen weiterer Verbreitung im Land und weit über die Landesgrenzen hinaus bei.

Das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten ist ausgewogen: Den 18 Prozent Katholiken stehen 16 Prozent

Protestanten gegenüber. Die Geschichte der katholischen Kirche im Tschad ist vergleichsweise jung. Auch wenn der Süden des Tschad Teil des 1846 geschaffenen Apostolischen Vikariats Zentralafrika war und der Norden zum 1913 gegründeten Apostolischen Vikariat Karthum gehörte, begann die eigentliche Missionstätigkeit im Tschad aufgrund der gigantischen Entfernungen und der Rivalitäten zwischen den Kolonialmächten erst im Jahr 1929. Heute gliedert sich die Kirche im Tschad in die Erzdiözese N'Djaména, die sechs Diözesen Moundou, Sarh, Pala, Doba, Goré und Laï sowie das Apostolische Vikariat Mongo. 250 Priester, 530 Ordensschwwestern und 40 Ordensbrüder sind in dem Land tätig.

### **Politischer Islam gewinnt an Einfluss**

Der Tschad leidet unter den Gewaltanschlägen der Terrormiliz Boko Haram. Auch wenn die Armeen des Tschad, Nigerias und Kameruns gegen die Terroristen jeweils auf ihren Territorien vorgehen, konnten zahlreiche Anschläge, gerade auch in den Grenzregionen, nicht verhindert werden. Im Jahr 2015 verübten die Islamisten einen Selbstmordanschlag in der Hauptstadt N'Djaména, es folgten weitere Anschläge in der Region des Tschadsees, wo die Regierung aufgrund der Terroranschläge den Ausnahmezustand verhängt hat. Die Bedrohung und Destabilisierung weiterer Regionen West- und Zentralafrikas durch die Islamisten hat Menschen in die Flucht geschlagen – der Tschad ist davon wesentlich betroffen. Allein die Angst vor Boko Haram hat 130.000 Binnenflüchtlinge im Tschad und 10.000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern heimatlos gemacht, die nun entwurzelt im Tschad leben und auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Auch wenn sich die Regierung des Tschad dem Islamismus entgegenstellt, gewinnt der politi-



Gemeindemitglieder  
beim Gebet in der Kirche  
Sacré-Cœur in N'Djaména

sche Islam an Einfluss. Ein Viertel der Muslime spricht sich für die Gründung einer religiösen Partei aus und plädiert für die Einführung der Scharia. Ein schwieriger Kontext für die Christen, die im Tschad ihren Glauben leben möchten.

### Interreligiöse Begegnung

Umso wichtiger ist es, sich für das friedliche Miteinander der Religionen zu engagieren. Interreligiöse Begegnungen und gegenseitiger Respekt sind wichtige Pfeiler für die religiöse Koexistenz im Tschad. Die religiösen Führer des Landes versuchen, Beispiele für ein respektvolles Miteinander vorzuleben, wenn muslimische und christliche Religionsführer die religiösen Feiertage wie Weihnachten oder das Ende des Ramadan miteinander feiern. Darüber hinaus wird der interreligiöse Dialog von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen.

Gerade für Christen liegt die Motivation für den interreligiösen Dialog in ihrem religiösen Selbstverständnis begründet. Henri Coudray, Apostolischer Präfekt der Diözese Mongo, hebt hervor, dass Dialog nicht allein eine Frage des guten Willens oder ein Freundschaftsbeweis ist, sondern eine fundamentale Pflicht jedes Christen darstellt. Er hat

sich intensiv mit dem theologischen Fundament der kirchlichen Mission im Tschad auseinandergesetzt und verweist auf das trinitätstheologische Fundament des interreligiösen Dialogs – auch im Tschad: „Der Dialog ist eine interne

Notwendigkeit der Mission der Kirche; er ist Eintritt in und Beteiligung am trinitarischen Austausch, er ist Eintritt in die tiefgreifende Dynamik der Mission des Sohnes.“

Der Dialog ist aber letztlich auch im Tschad nicht nur eine interne christliche Notwendigkeit, sondern auch eine Frage des gemeinsamen religionsverbindenden Lebens und Überlebens. Mit ihrem Engagement für den interreligiösen Dialog setzen sich die Vertreter der

christlichen Kirchen ebenso wie die Vertreter des Islam für eine friedliche Koexistenz in dem zentralafrikanischen Staat ein. Bei allen Differenzen ist den gemäßigten religiösen Führern dabei bewusst, dass die Zukunft ihres Landes nur im gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Engagement von Christen und Muslimen gestaltet werden kann.

*Prof. Dr. (mult.) Klaus Vellguth, Leiter der Abteilung Theologische Grundlagen, Missio Aachen*

”  
*Der Dialog ist eine interne  
Notwendigkeit der Mission der Kirche;  
er ist Eintritt in und Beteiligung am  
trinitarischen Austausch, er ist Eintritt  
in die tiefgreifende Dynamik  
der Mission des Sohnes.*

*Henri Coudray, Apostolischer Präfekt  
der Diözese Mongo*

“



*Kinder vor der katholischen  
Dorfkirche von Baro im  
mehrheitlich muslimischen  
Norden des Tschad*

## Die Krise im Sahel

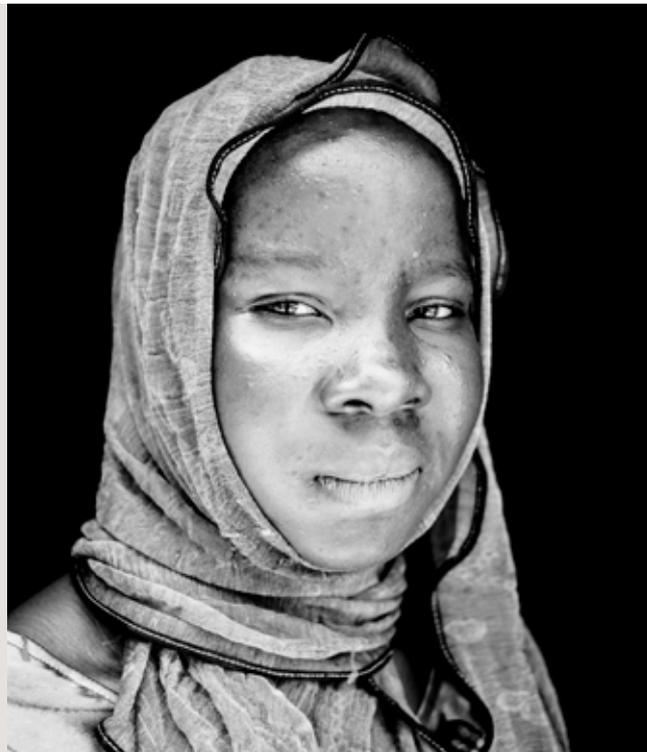
Erst seit dem Sturz des libyschen Herrschers Gaddafi im Jahre 2011 und damit dem Verschwinden der regionalen Ordnungsmacht Libyen gilt die Sahel-Region aus der Sicht des Globalen Nordens als Krisenregion. Das war sie vorher freilich auch schon, aber der Norden fühlte sich weder von schlechter Regierungsführung in allen Sahelländern, Separations- oder Rebellenbewegungen noch von intra-islamischen Auseinandersetzungen betroffen. Erst professionell betriebener Drogen- und Menschenschmuggel, gepaart mit dem Aufkommen islamistischer Terrorbewegungen, die die Sicherheit im Sahel massiv bedrohen, ließen den Norden aufschrecken. Die afrikanischen Staaten tragen nach wie vor die Hauptlast der innerafrikanischen Flüchtlingsströme, aber die Krisen hatten auch eine verstärkte Migration nach Europa zur Folge.

Trotz aller Unterschiede zwischen den einzelnen Sahelstaaten lassen sich einige Gemeinsamkeiten skizzieren: Geografisch befinden sie sich am Übergang vom nördlichen zum sub-saharischen Afrika, was sich in der Bevölkerungsstruktur zeigt: Ethnische Gruppen mit unterschiedlichen Traditionen und Lebensweisen treffen hier aufeinander. Konflikte gab es schon in der vorkolonialen Epoche zwischen vornehmlich handelsorientierten (z. B. Berbern in Mauretanien, Tuareg in Mali und Niger, Arabern im Tschad), im Norden beheimateten ethnischen Gruppen und der sesshaften Bevölkerung des Südens. Letztere wurden Opfer von Raubzügen und insbesondere des Sklavenhandels. Christianisierung und französische (mit der Ausnahme des Sudan) Kolonialisierung vertieften diese Spaltung. Ethnische Gruppen des Nordens ließen sich von der kolonialen

Herrschaft weniger einvernehmen als die des Südens. Der Ausbau der Infrastruktur, von Schulen bis hin zur für die Kolonialmacht nützlichen Agrarwirtschaft, erfolgte in den südlichen fruchtbaren Landesteilen.

Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen fanden sich mit der post-kolonialen Unabhängigkeit in jeweils gemeinsamen Staaten wieder, mit am französischen Modell orientierten Verfassungen und Zentralregierungen – diese aber zunächst geführt von südlichen ethnischen Gruppen (im Tschad von einer christlich geprägten). Auseinandersetzungen unterschiedlicher Intensivität um die politische Macht und den Zugang zu staatlichen Ressourcen sowie Machtverschiebungen folgten. Die Forderung des französischen Präsidenten Mitterrand nach Demokratisierung in La Baule 1990 ließ auf politische Öffnung und Befriedung hoffen. Aber auch die mehr oder weniger demokratisch gewählten neuen Machteliten – insbesondere Mali galt dem Globalen Norden als Musterland – verstanden es, durch ein hohes Maß an Korruption und durch gezielte Kooptation bestimmter Bevölkerungsgruppen ihre Macht zu festigen. Auch sie vernachlässigten den Ausbau der Infrastruktur und die wirtschaftliche Einbindung und Entwicklung entlegener Grenzregionen. Nur jeweils eine kleine Machtelite konnte sich an internationalen Hilfsgeldern für Dürreopfer (Mali, Niger, Burkina Faso) oder an Einkünften für natürliche Ressourcen wie Gold (Burkina Faso, Mali), Uran (Niger) oder Erdöl (Tschad) bereichern. Diversifikation und Ausbau eigener verarbeitender Industrien fand nicht statt, stattdessen stieg die Abhängigkeit vom Weltmarkt und von internationalen Gebern. Alle Staaten der Region befinden

Fekwa Houssougui,  
Gemeinde von Coq Ville am Stadtrand von N'Djaména



sich auf den unteren oder letzten (Niger) Platzierungen von Armutsindizes. Separationsbewegungen oder Rebellenangriffe wurden niedergeschlagen – auch mit Unterstützung Frankreichs. Einzig der Südsudan erlangte nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg und mit internationaler Unterstützung 2011 die Unabhängigkeit vom Sudan. Der Sahel ist von Klimawandel und zunehmender Desertifikation betroffen, worunter die überwiegend von der Subsistenzwirtschaft lebende ländliche Bevölkerung am meisten leidet. Konflikte zwischen nomadischen Viehzüchtern und Ackerbauern um die begrenzten Ressourcen Land und Wasser gehören zur Tagesordnung. Eine weitere Verknappung von Ressourcen und fehlende Perspektiven für junge Menschen sind absehbar: Ca. 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung der Sahelstaaten sind jünger als 14 Jahre.

Vor diesem Hintergrund fasste der islamistische Terror in der Region Fuß. Ausgehend von Maiduguri im nigerianischen Bundesstaat Borno, destabilisiert seit 2009 die radikalislamistische Terrormiliz Boko Haram inzwischen weite Teile der Tschadsee-Region: 1,8 Millionen Binnenvertriebene in Nigeria, Niger, Kamerun und Tschad, 20.000 Tote und unzählige Entführte zählen zu ihren Opfern. Landwirtschaft und grenzüberschreitender Handel kamen zum Erliegen. Gestartet war Boko Haram unter ihrem Gründer Mohammed Youssuf als islamistische Erneuerungsbewegung, die sowohl gegen westliche Bildung als auch gegen die korrupte Machtelite im Süden Nigerias ins Feld zog. Weder das nigerianische Militär noch seit 2015 ein Militärbündnis der betroffenen Staaten unter der Führung des militärisch starken Tschad können Boko

Haram ernsthaft besiegen. Im Gegenteil, die Zivilbevölkerung leidet auch unter Übergriffen des Militärs. Eine Fraktion von Boko Haram hingegen zeigt sich inzwischen als Beschützerin der Bevölkerung und scheint auf lokaler Ebene insbesondere für arbeitslose junge Männer kurzfristig ökonomische Alternativen zu versprechen. Die jüngste Fraktion, der „Islamische Staat in Westafrika“, ist militärisch hoch gerüstet und unterhält enge Verbindungen zu den Kämpfern des vor kurzem besiegten „Islamischen Staates“ (IS). Diese wiederum suchen nach neuen Rückzugsgebieten. Verlässliche Informationen gibt es nicht, aber Beobachter verbuchen die Anschläge im Juni 2019 nahe der nigrischen Hauptstadt Niamey auf das Konto des IS.

Der islamistische Terror in der Form von „Al Qaida des Islamischen Maghreb“ (AQIM) erreichte Mali aus dem benachbarten Algerien und Libyen nach dem Sturz Gaddafis und hatte seit 2012 die Destabilisierung des Nordens zur Folge. Wegbereiter waren Tuareg-Separatisten, die, ausgestattet mit Waffen aus Libyen, einen unabhängigen Tuareg-Staat Azawad ausgerufen hatten. Zyklisch wiederkehrende Revolten von Tuareg, die sich vom Zentralstaat vernachlässigt fühlten, gehörten seit der Unabhängigkeit Malis zur Tagesordnung – wie auch im benachbarten Niger, wo die Tuareg allerdings systematischer in den Staat eingebunden wurden. Diesmal freilich ging es nicht nur um die Vernachlässigung der nördlichen Grenzregionen. Die Verbündeten der Tuareg, AQIM und „Ansar Dine“, errichteten in der Folge eine islamistische Herrschaft im Norden Malis und zwangen die Bevölkerung, sich einer fundamentalistischen Auslegung des Islam zu unterwerfen.



Der Sahel (arabisch „Küste“ oder „Ufer der Wüste“) ist die von West- über Mittel- nach Ost-Afrika verlaufende Randzone der Sahara.

Zwar verhinderten französische Militärs mit tschadischer Beteiligung einen Vormarsch der Islamisten ins Zentrum des Landes, konnten sie aber nicht besiegen. Flüchtlingsströme in den Süden Malis und in die Nachbarländer waren die Folge. Islamistische Gewalt wie auch gezielte Instrumentalisierung früherer ethnischer Konflikte prägen seitdem den Norden, zunehmend auch die Mitte Malis sowie angrenzende Gebiete der Nachbarländer Niger und Burkina Faso.

Die internationale Gemeinschaft setzt dem islamistischen Terror internationale Militärmissionen verschiedenster Zusammensetzung entgegen: In Mali kämpfte zunächst die französische Operation Serval. Seit Juli 2013 ist die Friedensmission der Vereinten Nationen, die „Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali“ (MINUSMA), mit rund 11.000 Blauhelmen, Polizei und Zivilpersonal zum Schutz der Zivilbevölkerung und zu Ausbildungszwecken dort präsent. Auch die Bundeswehr ist seit 2013 mit inzwischen 650 Militärs Teil der MINUSMA. Die „Operation Barkhane“, mit Hauptquartier in der tschadischen Hauptstadt N’Djaména, stellt 4.500 französische Elitesoldaten im Kampf gegen den islamistischen Terror im Sahel. Trotz der massiven Militärpräsenz gehören Anschläge auf Zivilisten und Militärs zur Tagesordnung im Norden Malis. Auf Initiative der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich beschlossen im Juli 2017 die G5-Sahel-Staaten (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad) schließlich die Einrichtung einer gemeinsamen militärischen Eingreiftruppe. Ihr Ziel ist die Bekämpfung von Terrorismus, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität und Menschenhandel. Langfristig soll sie ein Kontingent

von 5.000 Militärs umfassen und „Barkhane“ ablösen. Trotz Unterstützung durch die EU und andere Geber ist ihre Finanzierung noch nicht gesichert.

Die Krise im Sahel stellt sich als eine Gemengelage aus verschiedenen sich überlappenden Konflikten und gemeinsamen komplexen strukturellen Problemen dar. Sie sind rein militärisch nicht zu lösen, sondern erfordern weiterreichende strategische Lösungsansätze. Darüber scheinen sich die politischen Führungen der betroffenen Staaten sowie die internationale Gemeinschaft einig zu sein. Bei einem Wirtschafts-Forum im Rahmen des Gipfels der Afrikanischen Union im Juli 2019 in Niamey erfolgten dann auch Zusagen der internationalen Gebergemeinschaft. Inwieweit sie aber zur Lösung der Konflikte beitragen können, solange korrupte (politische) Eliten im Sahel nach wie vor am Terror und Menschenhandel mitverdienen, ist fraglich. Europas Hauptinteresse scheint die Eindämmung der Migration aus Afrika zu sein. Dafür nehmen die europäischen Staaten die Zusammenarbeit mit eben diesen Eliten billigend in Kauf.

*Dr. Helga Dickow, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arnold Bergstraesser Institut in Freiburg*

*Kinder spielen vor der Schule „Marie Reine de la Paix“ in der Gemeinde von Coq Ville am Stadtrand von N'Djaména. Mit sechs Klassen, einige von ihnen mit bis zu 50 Kindern, ist diese christliche Schule die einzige Hoffnung für viele Kinder auf eine bessere Zukunft. Kinder aus ärmeren Familien werden oft kostenlos aufgenommen. Die Klassen sind muslimisch-christlich gemischt, um das friedliche Zusammenleben von Christen und Muslimen von früh an zu fördern.*



## Die Menschenrechtslage im Tschad

Seit mehreren Jahrzehnten steht das Thema Menschenrechte im Tschad im Zentrum der Diskussion. Betroffen sind die Grundrechte und Bürgerrechte ebenso wie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte.

Abschnitt I der Verfassung der Vierten Republik (Grundfreiheiten und Grundrechte) und Artikel 17 sind der Heiligkeit der menschlichen Person gewidmet: „Die menschliche Person ist heilig und unantastbar. Jede Person hat ein Recht auf Leben, auf Unversehrtheit, auf Sicherheit, auf Freiheit, auf Privatsphäre und auf den Schutz ihrer Habe.“

Auch wenn im Tschad nur die Justiz mit Unterstützung der Vollzugsbehörden berechtigt ist, Verhaftungen vorzunehmen, kommt es in der Praxis häufig vor, dass Personen von Verwaltungs- und Militärbehörden sowie von traditionellen Oberhäuptern festgehalten werden, und dies mitunter auch an nicht offiziellen Orten. Festgehalten werden Menschen unter anderem in Haftanstalten, Polizeipräsidien, Polizeidienststellen, Dienststellen der Geheimdienste oder der Agentur für nationale Sicherheit (ANS), in den Häusern von traditionellen Oberhäuptern und in den Räumen der Kommunalverwaltungen. Offiziell gibt es 45 Haftanstalten im Land, denen hunderte nicht offizielle Haftorte hinzugechnet werden können, die über das gesamte Staatsgebiet verstreut liegen. Daran zeigt sich, dass Menschen im Tschad häufig unrechtmäßig vorbeugend in Haft kommen.

Die beschriebene Praxis der willkürlichen oder unrechtmäßigen Verhaftungen stellt die Achtung der Grundrechte

und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit infrage. Die daraus resultierende Überbelegung der Gefängnisse ist ein großes Problem, das zu einer erheblichen Verletzung der Grundrechte der Insassen führt. Zu einem wesentlichen Teil ist diese Überbelegung darauf zurückzuführen, dass zahlreiche Insassen lange auf ihr Urteil warten. Den Statistiken der Gefängnisverwaltungen zufolge warteten am 31. Dezember 2016 auf dem gesamten Staatsgebiet offiziell 7.596 Gefängnisinsassen auf den Urteilsspruch.

Die Situation vor Ort ist alarmierend und die Grundsätze der Unverletzlichkeit der Grundrechte und der Heiligkeit des menschlichen Lebens werden oftmals mit Füßen getreten. Die entsprechenden Vergehen werden kaum strafrechtlich verfolgt und die Verbesserung der Menschenrechtslage im Tschad stellt Menschenrechtsaktivisten und die zuständigen staatlichen Institutionen vor große Herausforderungen. Rechtswidrige und willkürliche Verhaftungen, unwürdige Haftbedingungen, Folter und Formen von grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sind an der Tagesordnung.

Auch wenn Menschenrechtsorganisationen die Behörden mit diversen Interventionen immer wieder ermahnen und auffordern, den international und national eingegangenen Verpflichtungen des Landes in Bezug auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte nachzukommen: Die Verletzungen der Grundrechte einerseits und die Straffreiheit andererseits gehören zum Alltag der Menschen im Tschad.

Denis Nadtikess,  
Gemeinde von Coq Ville am  
Stadtrand von N'Djaména



Bürgerrechte, politische Rechte und soziale Rechte werden munter mit Füßen getreten. Die schlechte Regierungsführung und die Veruntreuung öffentlicher Mittel werden von einer Kultur der Straffreiheit begünstigt, die darauf ausgerichtet ist, Wirtschaftsstraftaten und Menschenrechtsverletzungen zu decken.

Restriktive Maßnahmen beschneiden die bürgerlichen Freiheitsrechte und die Grundrechte vor allem im sozialen Bereich (Bildung, medizinische Versorgung, Demonstrationen usw.). Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschaftler und Journalisten befinden sich im Visier der Machthabenden. Mit Drohungen werden sie zum Schweigen gezwungen. Es vergeht kein Tag, an dem Bürger nicht aufgrund ihrer Meinung, ihrer politischen Einstellung oder ihres Engagements Entführungen, willkürlichen Verhaftungen, Freiheitsberaubung, Folter, Einschüchterungen oder Androhungen körperlicher Gewalt ausgesetzt sind.

Alles in allem hat sich die Menschenrechtslage im Tschad in den letzten drei Jahren verschlimmert. Sie ist im Wesentlichen geprägt von Repressalien und verschiedenen Maßnahmen, mit denen die Menschen weiterhin an der Ausübung ihrer Bürgerrechte gehindert werden.

„  
*Es vergeht kein Tag, an dem  
Bürger nicht aufgrund ihrer  
Meinung, ihrer politischen Einstellung  
oder ihres Engagements  
Entführungen, willkürlichen  
Verhaftungen, Freiheitsberaubung,  
Folter, Einschüchterungen oder  
Androhungen körperlicher Gewalt  
ausgesetzt sind.*  
“

kerung im Blick zu haben und eine soziale Grundversorgung sicherzustellen.

*Baldal Oyamta, nationaler Koordinator der Tschadischen Liga für Menschenrechte, N'Djaména*

Dazu gehört der Kampf gegen den Terrorismus, den die Machthabenden zum Anlass nehmen, um ohne jede Rücksicht Bestrafungen, Verbote und Kontrollen durchzusetzen. Dieser letzte Aspekt wird von der internationalen Gemeinschaft unterstützt, die blind jede Form von Terrorismusbekämpfung befürwortet, ohne die Bevöl-



*Katechismus-Klasse,  
angeleitet von Schwester  
Silvi aus dem Kamerun in der  
Gemeinde von Coq Ville am  
Stadtrand von N'Djaména*

## Dialog gegen wachsendes Misstrauen – Zur Lage der Religionsfreiheit im Tschad

Der Tschad ist ein Land ethnischer, sprachlicher, kultureller und religiöser Vielfalt. In dem viertgrößten Land Afrikas leben knapp 15 Millionen Einwohner, die mehr als 150 Ethnien und fast so viele Sprachen und Kulturen repräsentieren. Bis zu 60 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, drei Fünftel von ihnen gehören dem sunnitischen Glauben an. Während Christen 1960 noch knapp fünf Prozent der Bevölkerung ausmachten, ist ihre Zahl heute auf etwa 34 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen. Mindestens fünf Prozent der Bevölkerung sind Anhänger traditionell-afrikanischer Religionen.

### **Trennung von Staat und Religion**

Anhaltende Bürgerkriege um die politische Macht im Tschad seit Mitte der 1960er Jahre hatten tiefe Gräben zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen aufgerissen. Heute leben Muslime und Christen weitestgehend friedlich zusammen. Während der Souveränen Nationalkonferenz von 1993 und der Ausarbeitung der Verfassung wurde großer Wert auf die Verankerung des laizistischen Prinzips und der Religionsfreiheit gelegt. Auch die neue Verfassung aus dem Jahr 2018 beinhaltet diese Prinzipien und bekundet in der Präambel den Willen des tschadischen Volkes, an den Menschenrechten

festzuhalten, wie sie im Jahr 1948 von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert worden sind.

Der Tschad ist am 9. Juni 1995 dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) beigetreten. Als wichtigste Norm des globalen Völkerrechts garantiert dieser Vertrag in Artikel 18 die Freiheit eines jeden Menschen, eine Religion oder eine Weltanschauung zu haben, anzunehmen und sie zu wechseln. Das Recht schließt die Freiheit ein, seinen Glauben allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.

### **Wachsendes Misstrauen**

Seit Einführung der IV. Republik am 4. Mai 2018 sind vermehrt Spannungen zwischen den Religionsvertretern zu beklagen. Die Bischofskonferenz sprach sich bereits im Vorfeld gegen die neue Verfassung und ihre Verabschiedung durch das Parlament aus, da diese faktisch die uneingeschränkte Macht des Präsidenten festschreibt. Christen und Anhänger traditionell-afrikanischer Religionen befürchten eine allmähliche Arabisierung und Islamisierung des Landes.

Sonntägliche Eucharistiefeyer in der Kirche Sacré-Cœur in N'Djaména, zelebriert von Erzbischof Edmond Djitangar und dem Sekretär der Tschadischen Bischofskonferenz, Péré Yves Allangomi.



Ein Ereignis im Mai 2018 sorgte in diesem Zusammenhang für besondere Aufregung: Zum ersten Mal sollten sämtliche designierte Ministerinnen und Minister – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – einen Amtseid auf „Allah, den Allmächtigen“ ablegen. Nach einiger Diskussion wurde christlichen Ministern zugestanden, diesen Eid auch auf „Gott“ abzulegen.

Eine protestantische Ministerin lehnte jedoch auch das ab und wollte stattdessen eine schriftliche Loyalitätserklärung abgeben. Kurzerhand übernahm ein Muslim ihr vorgesehenes Ministeramt. In christlichen Milieus wird dieses Ereignis als ein Beweis für die Arabisierung und Islamisierung des Tschad interpretiert. Auch die Verzögerung der vom Staat zugesagten Renovierung der Kathedrale in N'Djaména, welche gegenüber dem Präsidentenpalast und somit an einem zentralen und symbolischen Ort des Landes liegt, deuten Kritiker dahingehend, dass dem Tschad auf internationaler Ebene ein islamisches Gesicht verliehen werden soll.

### Verstöße gegen das laizistische Prinzip

Dass der Staat nicht kohärent mit seinen eigenen Verlautbarungen über den laizistischen Charakter des Tschad ist und auch gesellschaftliche Bewegungen die Religionsfreiheit im Land einschränken, lässt sich an mehreren Konfliktfeldern bemerken.

”  
*Zum ersten Mal sollten sämtliche designierte Ministerinnen und Minister – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – einen Amtseid auf „Allah, den Allmächtigen“ ablegen. Nach einiger Diskussion wurde christlichen Ministern zugestanden, diesen Eid auch auf „Gott“ abzulegen.*  
 “

➔ Zu Beginn der IV. Republik ist eine Debatte über den islamischen Brauch des Blutgelds (dia) ausgebrochen. Der Brauch besteht darin, dass Schuldige den Preis für durch einen Unfall oder ein Verbrechen vergossenes Blut bezahlen müssen. Mangels einer gut funktionierenden Justiz billigen die Menschen diese Praxis, die auch auf Nichtmuslime übertragen wird.

- ➔ Als der Staat auf Anraten der Vereinten Nationen Mitte der 1990er Jahre ein neues Familienrecht vorzubereiten begann, leisteten Muslime systematischen Widerstand. Diese sehen in dem geplanten Familienrecht den Versuch, Muslimen jüdisch-christliche Vorstellungen zu Familie, Ehe und Erbschaft aufzuzwingen.
- ➔ Ministerämter und andere höhere Posten werden meist an Muslime vergeben. Christen wird suggeriert, dass sie zum Islam übertreten müssten, um Zugang zu diesen Posten zu bekommen. Dieser Druck trifft vor allem Christen aus der muslimisch geprägten Region von Guéra, wo sich eine christliche Enklave befindet.
- ➔ Das Staatsfernsehen räumt islamischen Programmen vergleichsweise viel Sendezeit ein, etwa für Wettbewerbe zur Koranrezitation. Während des Ramadan werden andere Sendungen dafür gestrichen. Regelmäßig

Lobpreis während des  
Sonntagsgottesdienstes in  
der Kirche Sacré-Cœur in  
N'Djaména



werden Stimmen laut, die fordern, das tägliche Fernsehprogramm durch Koranverse zu beginnen und zu beschließen.

- ➔ Laut Dozenten der Staatsuniversität gibt es seit etwa drei Jahren keine Weihnachts- und Osterferien mehr an der Universität. Als Grund wird offiziell die Verspätung im Studienjahr angegeben, die durch andauernde Streiks verursacht wird. Inoffiziell hört man jedoch, dass diese Ferien nicht die Sensibilität des mehrheitlich muslimischen Teils der Bevölkerung berücksichtigten.
- ➔ In Schlachthäusern großer Städte besteht das ungeschriebene Gesetz, nach dem nur Muslime Vieh schlachten dürfen. Der Grund ist, dass Muslime nur Fleisch von Tieren zu sich nehmen, die nach islamischem Brauch und von einem Muslim geschlachtet wurden.

### Im Dialog gegen Radikalisierungen

Die angespannte Stimmung im Land begünstigt religiöse Radikalisierungen. Dialoginitiativen, die insbesondere von Vertreterinnen und Vertretern der katholischen Kirche und des Islam angestoßen werden, gehen gegen diese Gefahr an.

Im Jahr 2003 wurde Mathias Ngarteri als erster Einheimischer zum Erzbischof von N'Djaména ernannt. Er initiierte die sogenannten interreligiösen Gebete für den Frieden im Land, die seither jeden November durchgeführt werden. Auch dem strukturellen Dialog zwischen Religionsvertretern wurde ein Rahmen gegeben: Die „Plateforme interconfessionnelle“ bringt Muslime und Christen unterschiedlicher Konfessionen zusammen, um gemeinsam mit staatlichen Akteuren Projekte zur Förderung des Friedens und der in-

terreligiösen Verständigung durchzuführen. Auf Ebene der Diözesen gibt es Dialogkomitees, die zum Abbau von religiös gefärbten Konflikten beitragen.

Die katholische Kirche fördert den „Dialog des Lebens“ mit Andersgläubigen mittels ihrer Hilfswerke und sozialen Einrichtungen. Mittlerweile entstehen immer mehr islamische Nichtregierungsorganisationen, die sich für Bedürftige ungeachtet ihrer Religion einsetzen. Verschiedene Projekte und Institutionen fördern darüber hinaus den Dialog auf intellektueller Ebene. Das 1986 gegründete Zentrum Al-Mouna ermöglicht es Anhängern unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen, in Workshops, Konferenzen und Publikationen gesellschaftliche Themen sachlich und lösungsorientiert zu diskutieren.

Die Dialoginitiativen weisen auf das Potential hin, das in der tschadischen Gesellschaft besteht, um Einschränkungen der Religionsfreiheit und religiöser Radikalisierung aktiv entgegenzuwirken. Vor dem Hintergrund starker sozialer und politischer Spannungen im Land und der Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus in der gesamten Region ist die Bedeutung des Dialogs nicht hoch genug einzuschätzen.

*Dr. Rodrigue Naortangar SJ/ Katja Nikles, stellvertretende  
Abteilungsleiterin Theologische Grundlagen, Missio Aachen*

*Unterricht im Zentrum „Al-Mouna“ in N'Djaména. Ein interreligiöses Institut, welches von Schwester Aïda Yazbek aus dem Libanon geleitet wird. Hier lernen muslimische Geistliche die christliche Theologie kennen, um in ihren muslimischen Gemeinschaften über den christlichen Glauben aufzuklären. Sie werden so zu Vermittlern zwischen Christen und Muslimen.*



## Der Beitrag des Al-Mouna-Zentrums zur Förderung der Kultur und zum Aufbau des Friedens zwischen Christen und Muslimen im Tschad

Das Al-Mouna-Zentrum (CAM), das am 2. Dezember 1986 von der Diözese N'Djaména gegründet wurde, ist eine Einrichtung der Diözese N'Djaména unter der Leitung der Kongregation der Schwestern der Heiligen Herzen des Libanon, die ihren Sitz in N'Djaména hat. Das Al-Mouna-Zentrum gilt als Sammelpunkt der Kulturen des Tschad.

Die „Kultur“, der so viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, deckt ein breites Spektrum von Lebensbereichen ab: Sie kann die Bildung von Kindern, die Sitten und Traditionen der Bevölkerung, aber auch den Bewusstseinszustand der Zivilgesellschaft betreffen. Das Zentrum ist ein gemeinnütziger Verein, der als zivilgesellschaftliche Organisation anerkannt und in sechs Provinzen tätig ist: N'Djaména, Sarh, Moundou, Mongo, Bongor und Abéché. Es hat deutsche Finanzpartner: MISEREOR (katholisch) und Brot für die Welt (evangelisch), die die Umsetzung von Aktivitäten zum friedlichen Zusammenleben in den o. g. Provinzen des Tschad nachhaltig unterstützen.

### **Das Engagement des CAM für die Förderung der Kultur im Tschad**

Das gegenwärtige Engagement des CAM für Frieden und kulturelle Entwicklung steht im Einklang mit der von den politischen und religiösen Behörden gewünschten nationalen Politik zur Schaffung einer Friedenskultur im Tschad, die seit langem von interkommunalen, interkulturellen und mehreren anderen Konfliktformen durchdrungen ist, die das gute Zusammenleben untergraben. Führer verschiedener Religionen haben sich zu einer gemeinsamen Bewegung zusammengeschlossen, um die religiöse Harmonie und den Frieden in der tschadischen Gesellschaft zu fördern, indem sie einen Gebetstag für ein friedliches Zusammenleben zwischen Katholiken, Protestanten und Muslimen ausrichten.

### **Beitrag zur Friedensarbeit**

Das Engagement des Zentrums wird durch verschiedene kulturelle Aktivitäten umgesetzt, insbesondere in den Bereichen Ausbildung, Herausgabe von Büchern und Veröffentlichungen, Dokumentation, Forschung, Konferenzen und Bewahrung des materiellen und immateriellen Erbes.

Schwester Aïda Yazbeck, Leiterin des Zentrums „Al-Mouna“ in N'Djaména



Das CAM bietet Unterricht in folgenden Fächern an: Französisch, Arabisch, Englisch, Informatik und Musik. Drei Sprachlabore stehen zur Verfügung: Englisch, Französisch und Arabisch. Es werden jährlich mehr als 1.000 Lernende ausgebildet, die sowohl aus dem Tschad als auch aus dem Ausland stammen.

Zusätzlich zu Jugendlichen und Frauen bildet das CAM auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Basisgemeinschaften aus, die außerhalb oder in den gleichen Provinzen wie das CAM tätig sind. Sie sind ein starkes Bindeglied bei der Verbreitung der Konfliktvermeidungs- und Konfliktmanagement-Strategien des CAM.

Das Zentrum organisiert Workshops und öffentliche Debatten zur Zukunft des Tschad, die ein breites Publikum erreichen. Es bildet einen Rahmen für den Austausch zwischen den Staatsbürgern aus dem gesamten Land.

#### Fazit

Durch seine vielfältigen Leistungen hat sich das Al-Mouna-Zentrum als eine echte tschadische zivilgesellschaftliche Organisation positioniert, die daran arbeitet, die Töchter und Söhne des Tschad einander näher zu bringen, den jeweils anderen kennenzulernen, miteinander zu leben und die Kultur zu fördern. Diese Aufgabe, die das Zent-

rum seit seiner Gründung durch die zahlreichen Einsätze und Beiträge an der Seite der nationalen Behörden in der nationalen Debatte übernommen hat, hat ihm den Status einer neutralen, unpolitischen Organisation eingebracht. Das CAM hat nie Partei für ein Lager oder für einen Teil einer ethnischen oder religiösen Gruppe auf irgendeiner Seite ergriffen. So wird folgendes Bekenntnis klar formuliert: „Wir wollen den Tschad zu einem Land des Friedens machen, in dem mehrere Kulturen zusammenleben.“

”  
*Wir wollen den Tschad zu einem Land  
des Friedens machen, in dem mehrere  
Kulturen zusammenleben.*  
“

Im Wesentlichen ist das Al-Mouna-Zentrum eine private zivilgesellschaftliche Institution, die sich für einen nachhaltigen Frieden im Tschad einsetzt. Der Tschad war eines der ersten afrikanischen Länder, das nach seiner Unabhängigkeit Unruhen erlebte. Diese Geschichte hat mehrere Generationen geprägt. Wie können wir diese dunkle Vergangenheit unseres Landes vergessen und zukünftigen Generationen die Möglichkeit nehmen, sich daran zu erinnern? Das Al-Mouna-Zentrum hat durch seine Aktivitäten den Weg geebnet, um die politische und kulturelle Vergangenheit des Tschad wieder aufleben zu lassen.

*Schwester Aïda Yazbeck, Leiterin des Al-Mouna-Zentrums, N'Djaména*



*Kinder in der Pause vor der Schule „Marie Reine de la Paix“ in der Gemeinde von Coq Ville am Stadtrand von N'Djaména*

## Das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Mauretanien

Die Islamische Republik Mauretanien ist ein Wüstenstaat, in Westafrika gelegen, und hat die Besonderheit, dass seit dem 14. Jahrhundert alle Bewohner Muslime sind. Ich pflege zu sagen, dass man dort genauso selbstverständlich Muslim ist, wie man zu Zeiten meiner Kindheit im Münsterland Katholik war. Da wäre auch niemand auf die Idee gekommen, einer anderen Religion anzugehören.

Der erste Priester, der nicht Militäregeistlicher der französischen Armee war, hat Weihnachten 1958 in Rosso im Süden des Landes an der Grenze zum Senegal zum ersten Mal die heilige Messe gefeiert. Anfang der 60er Jahre wurden die Eisenerzbergwerke im Norden des Landes eröffnet und es kamen etwa 3.000 Franzosen mit ihren Familien (zu dem Zeitpunkt durchweg praktizierende Katholiken), um das Bergwerk zu erschließen, die Eisenbahnlinie zum Atlantik zu bauen und dort, an der Küste einen Hafen. Da ganz Mauretanien – 1.030.700 km<sup>2</sup> – zur Apostolischen Präfektur von Saint Louis im Senegal gehörte, hat der Präfekt dann erstmals eine Handvoll Spiritaner nach Mauretanien gesandt. Die ersten Ordensschwestern waren seit 1959 im Lande.

Der Apostolische Präfekt, Msgr. Joseph Landreau, war aber sehr vorrausschauend und hat diesen ersten Missionaren eingeschärft, sie seien nicht in erster Linie im Land, um sich um die paar europäischen Katholiken zu kümmern, sondern sie sollten sich der einheimischen Bevölkerung zuwenden, die Sprache erlernen und im sozialen und caritativen Bereich tätig sein.

So wurde ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, von dem wir bis heute profitieren. Augenblicklich gibt es in Mauretanien schätzungsweise 4.000 Katholiken, alle Nicht-Mauretanier! Diese kommen aus aller Herren Länder, hauptsächlich aus verschiedenen Ländern Afrikas – letztere oft mit der Zielsetzung, irgendwie nach Europa zu gelangen.

Es gibt derzeit in Mauretanien einen Bischof, zehn Priester, 30 Ordensschwestern und zwei Ordensbrüder. Die Katholiken leben hauptsächlich in der Hauptstadt Nouakchott und in der Hafenstadt Nouadhibou. Es kommen zu diesen zwei Pfarreien vier Missionsstationen hinzu, in denen die Missionare ausschließlich mit Muslimen zu tun haben. Die Schwestern sind oft in vom Staat oder vom Roten Halbmond betriebenen Einrichtungen (Krankenhäuser, ambulante Krankenpflege, Kindergärten etc.) ehrenamtlich tätig. Überall haben wir zudem Büchereien für Schüler und Studenten, in denen auch Nachhilfeunterricht in Sprachen und Einführung in die Informatik geboten werden. Auf diese Art und Weise kommt es schnell zu echten Begegnungen zwischen Christen und Muslimen.

Für mich ist unser Einsatz in diesen Einrichtungen wichtig, denn ich bin fest davon überzeugt, dass man Angst hat vor dem, was man nicht kennt. Viele Mauretanier, die noch nie Gelegenheit hatten, einem Christen zu begegnen, haben vom Christentum und den Christen genauso verschrobene Ideen wie viele Katholiken den Islam und die Muslime betreffend! Da gibt es nur eine Lösung, die von Anfang an von meinen



Ein Seminarist im  
Priesterseminar in Bakara,  
etwa 15 Kilometer von  
der tschadischen Hauptstadt  
N'Djaména entfernt

Vorgängern den Missionaren ans Herz gelegt wurde: auf den Anderen zugehen. Wir sind die Minderheit. Wir müssen den ersten Schritt tun!

Eine Besonderheit des im Jahre 1965 gegründeten Bistums Nouakchott ist seine Caritas. Im Verwaltungsrat sitzen nur Katholiken und der Direktor ist auch per definitionem katholisch, aber die etwa 100 Angestellten sind zu 95 Prozent Muslime. Der eine oder andere ist schon seit über 20 Jahren dabei! Diese Mitarbeiter sind sich sehr wohl bewusst, dass die Caritas der soziale Arm des Bischofs ist. Eine von Caritas Internationalis angeordnete Evaluation hat unserer Caritas im letzten Jahr Bestnoten gegeben, auch für die Kenntnis und die Anwendung der katholischen Soziallehre. Da die Caritas im Lande einen sehr guten Ruf hat, sind die Angestellten stolz, wenn sie sagen können: „Ich gehöre zu Caritas-Mauretaniern!“

#### Also alles vom Besten? Nicht ganz!

Es ist zwar richtig, dass die Katholiken keinerlei Behinderung bei der Ausübung ihrer Religion erfahren. So sind wir gerade dabei, zwei Seitenschiffe an die Kathedrale anzubauen, da diese jeden Sonntag zu klein ist. Aber es ist der Kirche nicht erlaubt, Mauretaniern zum Christentum zu bekehren.

Ein anderer wichtiger Punkt, den ich zum Schluss noch erwähnen muss, ist, dass der Druck des Islam wahhabitischer Prägung immer stärker wird und den Anhängern des traditionellen sunnitisch-malekitischen Islam Angst macht. Zumal die von Saudi-Arabien gesteuerten und finanzierten Wahhabiten Mittel zu ihrer Verfügung haben, von denen die Anhänger des traditionellen Islam nur träumen können. Unlängst hat mir ein hochgestellter Geistlicher gesagt: „Wenn

das so weiter geht und der Staat nicht eingreift, dann gibt es uns, die wir hier eine lange Geschichte haben, in 20 Jahren nicht mehr.“

Dann dürfte es mit dem friedlichen Zusammenleben und Zusammenarbeiten zwischen ausländischen Christen und einheimischen Muslimen auch vorbei sein.

Gebe Gott, dass vorher ein Sinneswandel eintritt!

*Martin Happe, Bischof von Nouakchott*



Junge Ministranten während des Sonntagsgottesdienstes in der Kirche Sacré-Cœur in N'Djaména



*Erzbischof Dr. Ludwig Schick beim Besuch im „Centre d'Etudes et de Formation pour le Développement“ (CEFOD) der Jesuiten in N'Djaména. Die Einrichtung der Jesuiten setzt sich seit Jahren intensiv für den interreligiösen Dialog in der tschadischen Gesellschaft ein.*

## Interreligiöse Dialoggruppen fördern den Religionsfrieden, der oft von außen gestört wird

Bei meinen Solidaritätsbesuchen, vor allem in Afrika und in Asien, stelle ich immer wieder dankbar fest, dass es in verschiedenen Ländern interreligiöse Dialoggruppen gibt. Das war im letzten und in diesem Jahr auch in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad der Fall. Diese bringen die verschiedenen Religionen auf Stadt- und Ortsebene zusammen und setzen so ein Zeichen für ein gutes Miteinander von Christen, Muslimen und Juden, von Hindus und Buddhisten. Diese Gruppen sind auch oft zur Stelle, wenn Konflikte zwischen den Religionen zu entstehen drohen, und bewältigen sie, bevor sie eskalieren und Schaden für Menschen und Einrichtung anrichten.

Von diesen Gruppen höre ich immer wieder, dass ihre Bemühungen, auf Orts- und Stadtebene und auch manchmal auf Landesebene den Religionsfrieden zu wahren, durch ausländische, radikale Fundamentalisten beeinträchtigt und sogar zunichtegemacht werden. Sie bitten mich auch, alles zu tun, um solche landesübergreifenden Störaktionen des religiösen Friedens zu verhindern. Hier sind vor allem die nationalen Regierungen und auch die internationale Politik gefordert, aber auch die Religionsführer. Sie müssen um dieses Problem wissen und Störfaktoren sowie Aktionen von außen, die den Religionsfrieden in einem Land beeinträchtigen, verhindern. Denn diese machen die Bemühungen der interreligiösen Dialoggruppen zunichte und lösen auch

Verfolgung und Bedrängnis von Christen und anderen Religionsangehörigen aus.

In dieser Hinsicht ist der „Internationale Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalttaten aus Gründen der Religion oder des Glaubens“, den die UN in diesem Jahr am 22. August erstmals ausgerufen haben, ein Segen. Er weist auf das Problem der Gewalt gegen Religionen und ihre Mitglieder von anderen Religionszugehörigkeiten und auch Nichtgläubigen hin und verpflichtet, alles zu tun, um solche Aktivitäten zu unterbinden.

In der internationalen Politik muss das Bewusstsein für die Störung des Religionsfriedens durch fundamentalistische und radikale, international operierende Gruppen mehr gesehen werden und alles unternommen werden, um diesen das Handwerk zu legen. Dies ist ein wichtiger Beitrag, Verfolgung und Bedrängnis von Christen und anderen Religionsgruppen zu verhindern. Zugleich müssen die interreligiösen Dialoggruppen auf Stadt-, Regional- und Landesebene überall gefördert werden. Sie tragen viel zum Frieden zwischen den Religionen bei.

*Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz und Erzbischof von Bamberg*

# Nachrichtenticker ... Nachrichtenticker ...

## Das Jahr 2019 in der Sahel-Region

**04.01.2019**

**Wegen Anschlägen gilt in Teilen von Burkina Faso der Notstand – Westafrikas neue Hochburg des islamistischen Terrors**

In Burkina Faso sorgen immer mehr Terroranschläge auf Sicherheitskräfte für Angst und Schrecken. Das führt auch in den Nachbarländern zu Schwierigkeiten.

**26.02.2019**

**Caritas international: Konflikte in Mali weiten sich aus**

Caritas international sieht wachsende Konflikte im westafrikanischen Mali. „Die gewaltsamen Auseinandersetzungen dehnen sich zunehmend vom Norden auf südlichere Regionen aus, wodurch immer mehr Menschen zu Vertriebenen werden“, erklärte Caritas international-Chef Oliver Müller am Dienstag in Freiburg.

**16.04.2019**

**Burkina Fasos Kardinal wirbt für interreligiösen Dialog**

Kardinal Philippe Ouédraogo (73), Erzbischof von Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou, ruft angesichts des Terrors in dem afrikanischen Land zu einem Dialog zwischen Christen, Muslimen und Vertretern traditioneller Religionen auf. „Kommt zusammen, respektiert einander und arbeitet gemeinsam für eine bessere Welt“.

**29.04.2019**

**Mindestens fünf Tote bei Angriff auf Kirche in Burkina Faso**

Beim Angriff auf eine protestantische Kirche in Burkina Faso sind am Sonntag mindestens fünf Menschen getötet worden. Unter den Opfern sei auch der Pfarrer, berichteten Medien in dem westafrikanischen Land.

**30.04.2019**

**Missionswerk würdigt Merkels Reise in die Sahel-Region**

Der Präsident des internationalen katholischen Missionswerks missio München, Wolfgang Huber, hat die bevorstehende Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach Burkina Faso, Mali und Niger als „starkes Signal für die Sahelzone“ gewürdigt.

**12.05.2019**

**Sechs Tote bei Anschlag auf katholische Kirche in Burkina Faso**

Im westafrikanischen Burkina Faso sind am Sonntagmorgen sechs Menschen bei einem Anschlag auf eine katholische Kirche ums Leben gekommen.

**14.05.2019**

**Vier Tote bei Angriff auf Marienprozession in Burkina Faso**

Im westafrikanischen Burkina Faso sind bei einem Angriff auf eine katholische Marienprozession vier Menschen getötet worden.

**17.05.2019**

**Papst besorgt um verschleppten Priester im Niger**

Papst Franziskus sorgt sich um einen vor Monaten im Niger verschleppten italienischen Ordensmann.

**27.05.2019**

**Vier Christen sterben bei Terroranschlag in Burkina Faso**

Im westafrikanischen Burkina Faso sind erneut vier Menschen bei einem Angriff Bewaffneter auf eine katholische Kirche getötet worden. Die Attacke ereignete sich am Sonntag im Dorf Toulfe im Norden des Landes unweit der Grenze zu Mali.

**28.05.2019**

**Experten: Imame in Friedensverhandlungen in Mali einbeziehen**

Die Denkfabrik International Crisis Group (ICG) hat für einen möglichen Dialog mit Terrorgruppen in Mali die Einbeziehung von Imamen empfohlen. Sie könnten etwa Vorgespräche für einen Waffenstillstand führen.

**14.06.2019**

**Menschenrechtler warnen vor Christen-Vertreibung aus dem Niger**

Menschenrechtler warnen vor einer Vertreibung der christlichen Minderheit aus dem Niger. Die Gefahren für Christen in Westafrika würden zusehends größer, teilte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Freitag in Göttingen mit.

**14.06.2019**

**50.000 Menschen in Zentralmali auf der Flucht**

Wegen anhaltender Gewalt sind in Zentralmali rund um die Stadt Mopti 50.000 Menschen auf der Flucht. Das teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) am Freitag mit. 58 Prozent der Binnenflüchtlinge seien Kinder. Ursache sind schwere Attacken in der Region.

**15.06.2019**

**Erzbischof Schick nach Tschad-Reise: Bildung A und O für Frieden**

Zum Abschluss einer viertägigen Reise in den Tschad hat Erzbischof Ludwig Schick die Rolle der Bildung hervorgehoben. „Bildung ist das A und O für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und ein friedliches Zusammenleben. Wo Bildung wächst, kann Zukunft gedeihen“, sagte Schick beim Besuch einer Schule in dem krisengeschüttelten Land in Zentralafrika.

**06.09.2019**

**Caritas: Humanitäre Lage am Tschadsee immer dramatischer**

Die Hilfsorganisation Caritas international sieht die Terrormiliz Boko Haram in der Region am Tschadsee weiter auf dem Vormarsch.

*Zusammengestellt mithilfe der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA)*

## Gebet für die Restaurierung der Kathedrale in N'Djaména von Erzbischof Edmond Djitangar

Gott, unser Vater,  
wie wunderbar sind deine Werke!  
Wir loben und wir preisen dich  
für alle Kirchen auf der Welt,  
wo du mitten unter uns wohnen möchtest.

Herr, welche Stätte ist dir würdig  
und welcher Tempel wird deiner Herrlichkeit genügen?  
Schau wohlwollend auf unsere Kathedrale  
Unserer Lieben Frau vom Frieden.

Du hast sie erbaut, um sie zu deiner Bleibe zu machen  
und zu dem Ort, wo du mitten unter uns bist.  
Sie ist ein Zeichen des Glaubens der Menschen,  
aber sie weist auch Spuren ihrer Gewalt auf.

Möge sie wieder zu einem Haus  
des Gebets für alle Völker werden!

Segne die ersten Erbauer und  
segne auch uns, deine Söhne und Töchter,  
die wir sie wieder herstellen und noch  
schöner machen wollen  
– zur größeren Ehre Gottes.

Schenke uns Glauben, Begeisterung und Freude  
bei allem, was wir tun und unternehmen.

Unsere Liebe Frau vom Frieden,  
Schutzpatronin des Tschad,  
dein Mantel der Gnade schütze  
unsere Freunde, unsere Wohltäter, die Arbeiter  
und alle, die an dieser Restaurierung beteiligt sind.  
Bete mit uns und für uns, dass wir bald  
zum Abschluss der Restaurierungsarbeiten dieses  
Heiligtums kommen.

Dann werden wir wieder die Freuden  
des Hauses unseres Vaters genießen können,  
der uns in seinem Sohn liebt,  
durch die Kraft des Heiligen Geistes,  
in alle Ewigkeit. AMEN.



### **Impressum**

#### **Herausgeber**

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz  
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn  
[www.dbk.de](http://www.dbk.de)

#### **Bildnachweise**

Andy Spyra Photography, [www.andyspyra.com](http://www.andyspyra.com)  
S. 6 und S. 18 ©Deutsche Bischofskonferenz/Krieger

#### **Bestellungen**

E-Mail: [dbk@azb.de](mailto:dbk@azb.de)  
Tel.: 0228/103-111

#### **Weitere Informationen**

[www.dbk.de/verfolgte-bedraengte-christen/](http://www.dbk.de/verfolgte-bedraengte-christen/)